

Polizei soll über Messungen informiert werden

Das Thema Tempo 30 beschäftigt weiterhin die politischen Gremien. Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wurde angeregt, auch die Polizei mit einzubinden: Man könnte die Ergebnisse der Messungen vorlegen – vielleicht werde sie dort dann tätig.

Obernkirchen. Dass in den Tempo-30-Zonen vor allem die Anwohner sich nicht an die Geschwindigkeitsreduzierung halten, ärgerte nicht nur Heiko Schaper (CDU): „Die, die es haben wollen, halten sich nicht dran.“ Oder sie kennen sich zu gut aus, wie etwa beim Gelldorfer Weg oder dem Melkerweg, der gerne als Abkürzung genutzt wird, wie Dirk Rodenbeck (CDU) noch einmal deutlich unterstrich: Mit einem Navigationsgerät sei man hier schnell in der Innenstadt, „zack-zack“. Der Gelldorfer Ratsherr empfahl weitergehende Maßnahmen: „Männer lernen nur durch ‚Aua‘ und ‚teuer‘“, betonte er. Unzufrieden sind Verwaltung und Politik auch mit den Autofahrern, die die Straße am Hünenbrink nutzen: seit einem halben Jahr gibt es hier Tempo 30 – und keiner hält sich dran. Wenn man am Tempo 30 festhalten wolle, müsse man Maßnahmen ins Auge fassen, erklärte Thomas Stübke (Grüne) und stärkte zugleich den Ortsräten den Rücken: „Sie haben die Kompetenz vor Ort.“ Eine Aussage, die Stübke für notwendig hielt, nachdem Ausschussvorsitzender Manfred Eßmann (SPD) bezweifelt hatte, ob die vom Gelldorfer Ortsrat vorgeschlagenen Straßen wirklich alle Tempo 30 erhalten sollten. Was vor allem Rodenbeck auf die Palme brachte: „Der ganze Ortsrat sieht das so, sonst hätten wir die Straßen ja wohl nicht auf die Liste gesetzt.“ Eine neue Qualität erhielt die Debatte, weil die Stadtverwaltung nun über ein Messgerät verfügt, mit dem objektive Daten ermittelt werden können. Und diese Daten, so regte Verwaltungsvize Bernhard Watermann an, könne man mit der Polizei besprechen. Allerdings: „Kontrollieren kann nur die Polizei – und die entscheidet dann wo und wann.“ Beschlossen wurden die Tempo-30-Vorschläge aus den Ortsräten nicht, erst einmal soll dort gemessen werden. Nur Röhrkasten könne ausgelassen werden, waren sich Heinrich Struckmeier (CDU) und Namensvetter Karl-Heinz (SPD) einig: Man wolle keinen Schilderwald. rnk